

# IAB *Discussion Paper*

Beiträge zum wissenschaftlichen Dialog aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

**No. 26/2006**

## **Indikator gesteuerte Verteilung von Eingliederungsmitteln im SGB II**

### **Erfolgs- und Effizienzkriterien als Leistungsanreiz?**

*Helmut Rudolph*

# **Indikator gesteuerte Verteilung von Eingliederungsmitteln im SGB II Erfolgs- und Effizienzkriterien als Leistungsanreiz?**

*Helmut Rudolph (IAB)*

Auch mit seiner neuen Reihe „IAB-Discussion Paper“ will das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit den Dialog mit der externen Wissenschaft intensivieren. Durch die rasche Verbreitung von Forschungsergebnissen über das Internet soll noch vor Drucklegung Kritik angeregt und Qualität gesichert werden.

Also with its new series "IAB Discussion Paper" the research institute of the German Federal Employment Agency wants to intensify dialogue with external science. By the rapid spreading of research results via Internet still before printing criticism shall be stimulated and quality shall be ensured.

## Inhaltsverzeichnis

Abstract .....	4
1 Einleitung .....	5
2 Mittelindikator mit Problemdruck-Gewichtung .....	6
2.1 Formel des Verteilungsverfahrens mit Problemdruckindikator .....	8
2.2 Eigenschaften der Verteilungsformel .....	11
2.3 Mittel pro Kopf .....	11
2.4 Maß für Umverteilung .....	13
3 Berücksichtigung von Erfolg und Effizienz .....	14
3.1 Messung von Erfolg und Effizienz .....	16
3.2 Problemdruck und Erfolg / Effizienz .....	18
3.2.1 Erfolg und Problemdruck .....	18
3.2.2 Effizienz-Indikator und Grundsicherungsquote .....	20
4 Mittelindikator mit Problemdruck und relativer Effizienzgewichtung ...	23
4.1 Integration im Verteilungsverfahren .....	24
4.2 Lineare Problemdruck- und Effizienzgewichtung .....	25
4.3 Beispiel Integrierte Mittelverteilung .....	26
5 Folgerungen zur Fortentwicklung des Verteilungsverfahrens .....	28
5.1 Anreizwirkungen bei den Trägern .....	29
5.2 Modifikationen am bisherigen Verteilungsverfahren .....	32
Literatur .....	33

## Abstract

Mit der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende hat der Bund die Finanzierung der Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für die Leistungsempfänger nach dem SGB II übernommen. Die Verteilung der Haushaltsmittel auf die 439 Leistungsträger in Arbeitsgemeinschaften und operierenden Kommunen findet über einen Indikator statt, der den Finanzbedarf der Träger in Abhängigkeit vom regionalen Anteil der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und dem regionalen Problemdruck in den Kreisen berücksichtigt.

Im ersten Teil des Aufsatzes wird der Indikator zur Verteilung der SGB II-Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik vorgestellt, der für die Verteilung der Eingliederungsmittel 2005 und 2006 verwendet wurde. Im zweiten Teil werden Möglichkeiten und Probleme für eine Weiterentwicklung des Indikators zur Berücksichtigung von Erfolgs- oder Effizienzkriterien als finanziellem Leistungsanreiz für die Träger diskutiert. Zu erwarten sind Korrelationsprobleme zwischen der bisher verwendeten Grundsicherungsquote als Problemdruckindikator und möglichen Erfolgs- und Effizienzindikatoren. Daher wird eine Erweiterung der Verteilungsformel um einen relativen Erfolgs- oder Effizienzindikator vorgeschlagen und entwickelt.

**JEL-Klassifikation:** R51, R50, R23, R13

# 1 Einleitung

Die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II werden von Bund und Kommunen finanziert. Der Bund kommt auf für die Leistungen zum Lebensunterhalt, für Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt und die Verwaltungskosten. Die kommunalen Träger stehen ein für Kosten der Unterkunft und weitere soziale Leistungen zur Eingliederung durch Betreuung und Beratung<sup>1</sup>.

Bei der Zuweisung der Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt (aktive Leistungen) ist die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung zugrunde zulegen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung andere oder ergänzende Maßstäbe für die Verteilung festlegen<sup>2</sup>. Durch die Eingliederungsmittelverordnung wird bestimmt, dass als ergänzender Maßstab die Grundsicherungsquote bei der Verteilung zu berücksichtigen ist, die aus dem Quotienten der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Zahl der zivilen Erwerbspersonen gebildet wird<sup>3</sup>.

Die Berücksichtigung der Grundsicherungsquote hat zum Ziel, innerhalb eines vorgegebenen Budgets Kreise mit hohem Problemdruck in der Ausstattung mit Eingliederungsmitteln pro erwerbsfähigem Hilfebedürftigen besser zu stellen als bei niedrigem Problemdruck. Dadurch wird regional höheren Schwierigkeiten der Eingliederung durch bessere Finanzausstattung kompensatorisch Rechnung getragen.

Die Formel für die mit dem Problemdruck gewichtete Verteilung der Eingliederungsmittel wurde 2004 vom Autor für das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit entwickelt<sup>4</sup>. Auf der Basis von Schätzungen der regionalen Verteilung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe-Haushalten<sup>5</sup>, die in die

---

<sup>1</sup> Leistungen nach § 16 SGB II Abs. 2 Satz 2 Nr. 1 bis 4, §§ 22 und 23 Abs. 3. Der Bund beteiligt sich an den Kosten der Unterkunft im Rahmen des § 46 Abs. 5.

<sup>2</sup> § 46 Abs. 2 SGB II.

<sup>3</sup> Eingliederungsmittel-Verordnung 2006 – EingIMV 2006 vom 21.12.2005 (BGBl. I S. 3695).

<sup>4</sup> Rudolph (2004a).

<sup>5</sup> Rudolph (2004b).

Grundsicherung für Arbeitsuchende übergeleitet werden würden, wurde das Verfahren für die Finanzausstattung der Träger im Jahre 2005 implementiert und mit leichter Modifikation 2006 auf Basis der aus dem SGB II verfügbaren BA-Statistiken fortgeführt.

Im Frühjahr 2006 erhielt das IAB vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales den Auftrag zu prüfen, „ob und ggf. in welchem Umfang Kriterien, die den Erfolg der Träger bei der Verminderung oder Beseitigung der Hilfebedürftigkeit von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen wiedergeben, bei der Verteilung der Mittel berücksichtigt werden sollten, um einen Anreiz für effiziente Eingliederungsbemühungen zu setzen“<sup>6</sup>.

Die Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Verteilungsverfahrens sowie die dafür erforderlichen inhaltlichen und datentechnischen Voraussetzungen werden in diesem Beitrag zur Diskussion gestellt.

In Abschnitt 3 dieses Aufsatzes wird das gegenwärtige Verfahren zur Verteilung der SGB II- Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik und die Problemdruckgewichtung vorgestellt. In Abschnitt 4 werden Möglichkeiten und Probleme für eine Weiterentwicklung des Indikators zur Berücksichtigung von Erfolgs- oder Effizienzkriterien als finanzieller Leistungsanreiz für die Träger diskutiert. Zu erwarten sind Kollinearitätsprobleme zwischen der bisher verwendeten Grundsicherungsquote als Problemdruckindikator und möglichen Erfolgs- und Effizienzindikatoren. In Abschnitt 5 wird daher eine Erweiterung der Verteilungsformel um einen relativen Erfolgs- oder Effizienzindikator vorgeschlagen und entwickelt. Abschnitt 6 diskutiert praktische Probleme, die bei einer Umsetzung eines erweiterten Verteilungsverfahrens bei Berücksichtigung von Erfolgs- oder Effizienzkriterien zu beachten sind und mündet in Empfehlungen für die Fortentwicklung.

## **2 Mittelindikator mit Problemdruck-Gewichtung**

Nach § 46(2) SGB II sind die Mittel für Eingliederungsleistungen des Bundes unter Berücksichtigung der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen

---

<sup>6</sup> Schreiben vom 14.03.2006 des Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

auf die Träger der Grundsicherung zu verteilen<sup>7</sup>. Der Bund hat einen Ermessensspielraum in der Festlegung der Verteilungsmaßstäbe:

*„Der Bund kann festlegen, nach welchen Maßstäben die Mittel nach Absatz 1 Satz 4 auf die Agenturen für Arbeit zu verteilen sind. Bei der Zuweisung wird die Zahl der erwerbsfähigen Bezieher von Leistungen zur Grundsicherung zugrunde gelegt. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit kann im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates ergänzende andere Maßstäbe für die Verteilung der Mittel für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit festlegen.“*

Der Verteilungsindikator, der für die Budgetzuteilung der Eingliederungsmittel für die Haushaltsjahre 2005 und 2006 verwendet wurde, berücksichtigt:

1. die Budgetrestriktionen, die sich aus den vom Bund zur Verfügung gestellten Finanzmitteln ergeben;
2. eine Problemdruck-Gewichtung mit der Grundsicherungsquote, durch die der Durchschnittsbetrag, der rechnerisch pro Kopf und Jahr für Eingliederungsleistungen zur Verfügung steht, in Abhängigkeit von der regionalen Arbeitsmarktsituation gespreizt wird. Kreise mit über dem Bundesdurchschnitt liegender Grundsicherungsquote erhalten mehr, Kreise mit unterdurchschnittlicher Grundsicherungsquote weniger Mittel pro Kopf;
3. die absolute Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, mit der die regional ermittelten Pro-Kopf-Beträge multipliziert werden.

Die Formel für den Verteilungsindikator enthält einen politisch festzulegenden Spreizungsparameter, mit dem der Grad der Spreizung der Mittel pro Kopf, also der Abstand zwischen dem Kreis mit höchster und niedrigster Grundsicherungsquote festgelegt wird.

Für 2006 wurden die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach der BA-Statistik für Oktober 2005 und die Grundsicherungsquote (Quotient aus erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und der Bezugsgröße der Arbeitslosenquote (zivile Erwerbspersonen)) verwendet.

---

<sup>7</sup> Die Verteilung der Verwaltungskosten wird proportional nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften vorgenommen.

## 2.1 Formel des Verteilungsverfahrens mit Problemdruckindikator

Die Verteilung der Eingliederungsmittel unterliegt einer Budgetrestriktion, die durch die in der Haushaltsaufstellung des Bundes veranschlagte Summe gesetzt wird<sup>8</sup>.

$M$  bezeichnet die zu verteilenden Eingliederungsmittel.

$M_k$  bezeichnet die Eingliederungsmittel für Kreis  $k$ ,  $k = 1, \dots, 439$  und

$$M = \sum_k M_k.$$

Den Ausgangspunkt für die Mittelverteilung bilden zunächst die erwerbsfähigen Hilfebedürftigen (EHB) in den Kreisen. Sie sind die Zielgruppe ( $Z$ ), für die die Eingliederungsmittel bereit gestellt werden.

$Z := \text{EHB}$  bzw.  $Z_k := \text{EHB}_k$ ,  $k = 1, \dots, 439$  Kreise und

$$Z = \sum_k Z_k.$$

Bei einer Verteilung der Eingliederungsmittel ohne Problemdruckgewichtung erfolgt die Regionalisierung proportional zu den Anteilen der Zielgruppe in den Kreisen. Auf Kreis  $k$  entfällt daher

$M_k^p = \frac{Z_k}{Z} * M$  des Budgets, so dass die Eingliederungsmittel pro Kopf ( $m$ ,

$m_k$ ) in allen Kreisen gleich hoch sind. Der hochgestellte Index  $p$  bezeichnet die proportionale Verteilung der Mittel.

$$m_k^p = \frac{M_k^p}{Z_k} = \frac{M}{Z} = m$$

Eine proportionale Verteilung berücksichtigt die unterschiedliche Größe der Zielgruppe, nicht jedoch die regionale Arbeitsmarktlage in den Kreisen. Zur Unterstützung der kompensatorischen Funktion der Arbeitsmarktpolitik ist daher eine relative Besserstellung von Kreisen mit schlechter Ar-

---

<sup>8</sup> Kapitel 1112 Titel 685 11 des Bundeshaushalt 2006 für Eingliederungsleistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der Titel enthält 6,47 Mrd. € von denen den Trägern 5,6 Mrd. € nach dem Verteilungsverfahren zur Verfügung gestellt wurden.



beitsmarktlage angezeigt und politisch gewollt, um eine Konzentration von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen in diesen Kreisen zu erreichen. Eine entsprechende Lenkung der arbeitsmarktpolitischen Mittel findet ebenfalls im Rechtskreis des SGB III statt<sup>9</sup>. Das Grundprinzip wurde für das SGB II übernommen, auch um Verwerfungen bei der Arbeitsmarktreform 2005 zu vermeiden und Kontinuität in der regionalen Arbeitsmarktpolitik zu gewährleisten.

Der regionale Problemdruck wird durch die Grundsicherungsquote gemessen<sup>10</sup>. Die Grundsicherungsquote wird in Analogie zur Arbeitslosenquote als Quotient aus der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und den zivilen Erwerbspersonen<sup>11</sup> gebildet.

$$\gamma := \text{Grundsicherungsquote} = \frac{EHB}{\text{zivile\_Erwerbspersonen}}$$

$\gamma$  ist die durchschnittliche Grundsicherungsquote im Bundesgebiet,  $\gamma_k$  die Grundsicherungsquote im Kreis  $k$ . Mit  $\gamma - \gamma_k$  wird die regionale Abweichung des Problemdrucks vom Bundesdurchschnitt gemessen.

Mit der regionalen Abweichung  $\gamma - \gamma_k$  des Problemdrucks wird nun das „Größengewicht“ der Kreise aus der Proportionalverteilung modifiziert und durch ein „Problemdruck-Gewicht“  $g_k$  ergänzt. Für  $g_k$  wurde eine lineare Funktion gewählt<sup>12</sup>.

$$g_k = \left(1 - f * (\gamma - \gamma_k)\right) \text{ für } k = \text{alle Kreise}$$

---

<sup>9</sup> Zum Verteilungsverfahren im SGB III vgl. Blien und Hirschenauer (2005) und Blien (2002).

<sup>10</sup> Im Verteilungsverfahren für 2005 wurde auf Basis von Schätzungen eine ALG2-Quote verwendet.

<sup>11</sup> Die zivilen Erwerbspersonen bilden den Nenner der Arbeitslosenquote (Bezugsgröße). Sie sind die Summe aus Erwerbstätigen und registrierten Arbeitslosen.

<sup>12</sup> Die lineare Funktion  $g$  kann durch andere geeignete monoton steigende Funktionen ersetzt werden, um die Spreizung der Mittel pro Kopf auf einen bestimmten Wertebereich zu beschränken, vgl. Rudolph (2006)

Der Faktor  $f$  ist dabei ein politisch zu setzender Parameter, mit dem der Einfluss des Problemdrucks im Verteilungsverfahren festgelegt wird. Er bestimmt, in welchem Umfang die Problemdruckgewichtung zu Abweichungen von der Proportionalverteilung führt.

Die Finanzmittel für Kreis  $k_i$  ergeben sich dann nach folgender Formel:

$$M_{k_i} = \frac{Z_{k_i} * g_{k_i}}{\sum_k (Z_k * g_k)} * M \quad \text{für } k = \text{alle Kreise}$$

Durch die Multiplikation des Größengewichts mit dem Problemdruckgewicht  $g_k$  wird der auf Kreis  $k$  entfallende Anteil der Eingliederungsmittel modifiziert. Damit die Summe der neuen Gewichte wieder 1 ergibt und die Budgetbedingung  $M = \sum_k M_k$  erfüllt bleibt, muss mit der Summe der modifizierten Gewichte  $\sum_k (Z_k * g_k)$  normiert werden.

Damit ist  $\frac{Z_{k_i} * g_{k_i}}{\sum_k (Z_k * g_k)}$  der Anteil, den Kreis  $k_i$  an den Mitteln  $M$  erhält. Die

Summe der Gewichte über alle  $k_i$  ergibt 1.

Zur Umsetzung der Formel bei der Berechnung der Gewichte ist der Nenner  $N$  zur Normierung der Gewichte rechnerisch zu bestimmen.

$$N = \sum_k (Z_k * g_k) = \sum_k \left( Z_k * \left[ 1 - f * (\gamma - \gamma_k) \right] \right)$$

Wenn  $Z_k$  und  $\gamma_k$  gegeben<sup>13</sup> sind und  $f$  gewählt ist, ist  $N$  eine feste numerische Größe. Bei gegebenem Gesamtbudget  $M$  sind die Budgets  $M_k$  für die Kreise eindeutig bestimmt.

---

<sup>13</sup> Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und die Grundsicherungsquote werden auf Basis der BA-Statistik ermittelt.

## 2.2 Eigenschaften der Verteilungsformel

Anders als eine Proportionalverteilung hängt die problemdruckgewichtete Mittelverteilung von der gewählten regionalen Gliederung ab. Die Aggregation einer Verteilung auf Kreisebene zu Bundesländern führt zu anderen Ergebnissen als eine direkte Verteilung auf Ebene der Bundesländer. Ursache ist die Streuung der Grundsicherungsquote in unterschiedlich großen Einheiten.

Der Faktor  $f$  ist ein zunächst frei wählbarer Wert<sup>14</sup>, mit dem gesteuert werden kann, wie stark die Verteilung von der Proportionalverteilung abweichen soll. Die Größe für  $f$  erfordert eine politische Setzung; sie ist nicht nach mathematischen Kriterien bestimmbar. Jedoch kann eine politisch vertretbare Wahl des Faktors  $f$  heuristisch aus der wünschenswerten Streuung der Mittel pro Kopf zwischen den Kreisen mit höchstem und niedrigstem Problemdruck abgeleitet werden, die für die Kompensation unterschiedlicher Arbeitsmarktlagen für erforderlich gehalten wird (vgl. 3.3 und Abb.1). Für  $f = 0$  entspricht die Formel einer Proportionalverteilung.

## 2.3 Mittel pro Kopf

Für die Beurteilung, wie die Problemdruckgewichtung und insbesondere die Wahl von  $f$  sich auswirkt, ist eine Betrachtung der durchschnittlich pro Kopf zur Verfügung gestellten Finanzmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik anschaulicher. Im Bundesdurchschnitt werden

$$m = \frac{M}{Z} \text{ Euro pro erwerbsfähigem Hilfebedürftigen bereitgestellt.}$$

Die durchschnittlichen Mittel pro Kopf in einem Kreis  $k_i$  ergeben sich aus

$$m_{k_i} = \frac{M_{k_i}}{Z_{k_i}} = \frac{g_{k_i}}{\sum_k (Z_k * g_k)} * M$$

---

<sup>14</sup> Sinnvoll sind Werte  $f \geq 0$ .

$$m_{k_i} = \frac{g_{k_i}}{N} * M$$

Setzt man für  $g_k = (1 - f * (\gamma - \gamma_k))$  und fasst neu zusammen, so ergibt sich:

$$m_k = \frac{(1 - f * (\gamma - \gamma_k))}{N} * M$$

$$m_k = \frac{M * f}{N} * \gamma_k + \frac{M * (1 - f * \gamma)}{N}$$

Bei gegebener Parameterkonstellation ist die Mittelzuteilung pro Kopf in den Kreisen eine lineare Funktion von  $\gamma_k$ .

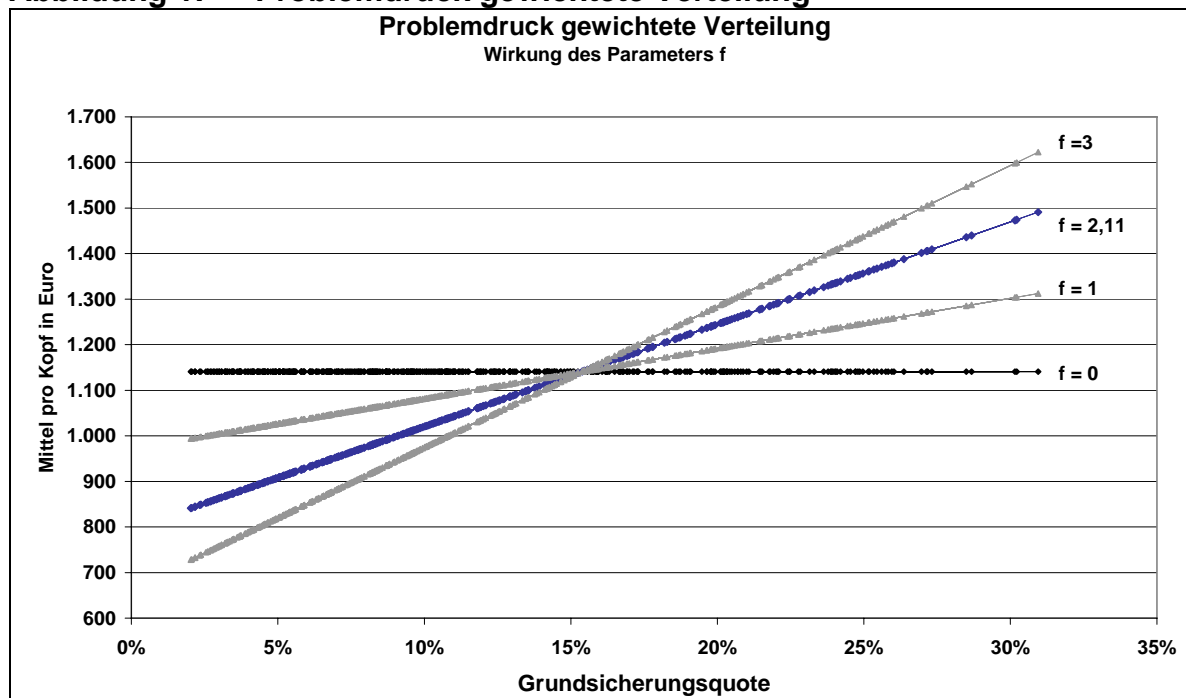
Die Wirkung des Steuerungsfaktors zeigt Abbildung 1. Die Darstellung in Abbildung 1 beruht auf den für die Verteilung der Mittel für 2006 verwendeten Daten für erwerbsfähige Hilfebedürftige und Grundsicherungsquote vom Herbst 2005 und den nach der Feststellung des Bundeshaushalts freigegebenen Mitteln in Höhe von 5,6 Mrd. Euro. Im Verteilungsverfahren des Bundes wurde  $f = 2,11$  zugrunde gelegt<sup>15</sup>.

---

<sup>15</sup> Die Eingliederungsmittel-Verordnung 2006 beschreibt den Algorithmus verkürzt. Der unnormierte Zu- oder Abschlag wird auf ein Viertel der relativen Abweichung der regionalen zur bundesdurchschnittlichen Grundsicherungsquote festgesetzt.  $f$  ergibt sich

durch Umformung aus:  $0,25 * (\frac{\gamma_k - \gamma}{\gamma}) = \frac{0,25}{\gamma} * (\gamma_k - \gamma)$  mit  $\gamma = 0,118$  aus

$f = 2,11 \approx 0,25 / 0,118$ .

**Abbildung 1: Problemdruck gewichtete Verteilung**

Die lineare Spreizung führt bei großem f zu einer relativ starken Differenzierung in der Mittelausstattung zwischen Kreisen mit sehr hoher und sehr niedriger Grundsicherungsquote. Möglicherweise ist es sinnvoll die Spreizung der Mittel pro Kopf zwischen einem Höchst- und Mindestbetrag zu begrenzen. Dies kann durch Ersetzen der linearen Funktion in der Gewichtung durch eine geeignete andere monoton wachsende Funktion erreicht werden.

## 2.4 Maß für Umverteilung

Abbildung 1 zeigt, in welchem Umfang die Wahl von f zu einer Umverteilung der durchschnittlich verfügbaren Eingliederungsmittel pro Kopf zwischen Kreisen mit über- und unterdurchschnittlicher Grundsicherungsquote führt.

Die Umverteilungswirkung gegenüber der Proportionalverteilung wird gemessen, in dem die Absolutwerte der regionalen Differenzen zwischen der jeweiligen gewichteten Verteilung (Anteil  $r_k^g$ ) und den Anteilen der Proportionalverteilung (Referenzanteil  $r_k$ ) aufsummiert werden und durch 2 dividiert werden. Die Division durch 2 erfolgt, weil die Effekte aus den negativen und positiven Differenzen zunächst zweimal gezählt werden.

$$\text{Verteilungswirkung: } v = \frac{1}{2} \sum_k |r_k^g - r_k|$$

Die Verteilungswirkung  $v$  ist eine Zahl zwischen 0 und 1 bzw. zwischen 0% und 100%, die angibt, welcher Anteil der zu verteilenden Haushaltsmittel gegenüber der Proportionalverteilung zwischen den Regionen umverteilt werden müssen, um die problemdruckgewichtete Verteilung zu erhalten. In der Regel ist die Umverteilung gemessen für kleine Regionen wie Kreise und Arbeitsagenturbezirke größer als für Bundesländer, da bereits innerhalb der Länder ein Ausgleich stattfindet.

**Tabelle 1: Verteilungswirkung  $v$  in Abhängigkeit vom Parameter  $f$**

Verteilungsebene $v$	$f = 1$	$f = 2,11$	$f = 3$
West / Ost	2,1 %	4,2 %	5,8 %
Bundesländer	2,2 %	4,4 %	6,1 %
Kreise	2,7 %	5,5 %	7,5 %

Bei der gegebenen Arbeitsmarktlage, bei der die Grundsicherungsquote für Ostdeutschland etwa doppelt so hoch war wie in Westdeutschland, führt die Problemdruckgewichtung überwiegend zu einer Umverteilung zwischen den Bundesländern im Westen zu denen im Osten (vgl. Tab.1).

### 3 Berücksichtigung von Erfolg und Effizienz

Der Problemdruck gewichtete Verteilungsindikator ist Ergebnis von Überlegungen, den Finanzbedarf der Träger in Abhängigkeit von der Zahl der zu integrierenden Hilfebedürftigen und der lokalen Arbeitsmarktsituation „objektiv“ im Sinne von nachvollziehbaren Kriterien abzubilden. Der Finanzbedarf pro Kopf wird mit steigendem Problemdruck als höher unterstellt. Die Gewichtung intendiert also eine Kompensation für a priori unterstellte geringere/höhere Wirksamkeit der bundesdurchschnittlichen Pro-Kopf-Beträge. Vor diesem Hintergrund wird durch die Problemdruckgewichtung eine Umverteilung von Eingliederungsmitteln nach politischen Kriterien vorgenommen. Darin spiegeln sich Erfahrungen der Vergangenheit, dass Eingliederungserfolge bei schwieriger Arbeitsmarktlage mit höheren Investitionen in Förderung verbunden sind, wie die Arbeitsmarktbilanzen zum SGB III belegen<sup>16</sup>. Demnach sind bei hoher Arbeitslosenquote/Grundsicherungsquote c.p. weniger Eingliederungserfolge bei gleichem Mitteleinsatz zu erreichen als bei niedriger.

<sup>16</sup> Vgl. Hirschenauer, Franziska (2003)

Bemühungen zur Weiterentwicklung des Verteilungsmechanismus werden geleitet von Überlegungen, neben Bedarfs- auch Erfolgs- oder Effizienzkriterien bei der Verteilung zu berücksichtigen. Dadurch sollen Anreize für die Träger zu einem wirtschaftlichen Einsatz der Mittel gesetzt werden.

Die Ausweitung des Verteilungsverfahrens von einer Bedarfsorientierung auf eine zusätzliche Erfolgs- oder Effizienzbewertung erfordert daher eine Klärung des Zusammenhangs von Erfolg und Effizienz mit dem Problem-Indikator, also der Grundsicherungsquote. Die Prämisse des bedarfsorientierten Verteilungsverfahrens ist, dass bei hohem Problemdruck „Erfolge“ seltener oder teurer sind. Wenn sie nur durch finanziellen Mehraufwand erreicht werden können, sind sie vergleichsweise weniger „effizient“. Der Versuch, beide Ansätze zu kombinieren, führt dann im Extremfall zu einer gegenseitigen Neutralisierung.

Unter der Prämisse, dass Erfolg und Effizienz im Wesentlichen Funktionen des Arbeitsmarktes sein könnten, müssten im Extremfall die Finanzmittel auf Träger mit günstiger Arbeitsmarktlage konzentriert werden. Kreise mit schlechtem Arbeitsmarkt würden „bestraft“ für ihre ohnehin geringeren Handlungsspielräume. Abgesehen von Akzeptanzproblemen bei Kommunen und Bundesländern mit schlechterer Arbeitsmarktlage würde eine überwiegend erfolgs- und effizienz-orientierte Verteilung einer kompensatorisch angelegten Arbeitsmarktpolitik widersprechen und könnte in Widerspruch zum grundgesetzlichen Auftrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen stehen.

Methodisch geht es darum, einen Rückgang des Bedarfs aufgrund einer Verbesserung der regionalen Arbeitsmarktlage, der eine Verringerung der Finanzausstattung zur Folge hätte, von einer Verbesserung zu unterscheiden, die auf erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik und effizientes Handeln zurückzuführen ist und deshalb nicht mit finanziellen Kürzungen bestraft werden sollte.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich, dass Erfolgs- und Effizienzkriterien in einem Umfang aufgenommen werden sollten, der Anreize setzt, aber eine (evtl. modifizierte) bedarfsorientierte Verteilung nicht aushebelt.

Vor Konstruktion eines geeigneten Indikators mit Erfolgs- oder Effizienzgewichtung sind daher folgende Fragen zu klären:

1. Wie können Erfolg und Effizienz in Bezug auf den Einsatz der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik unter den Zielsetzungen des SGB II gemessen werden? Die Statistiken zum SGB II befinden sich noch immer im Aufbau oder sind im Bereich der optierenden Kommunen unvollständig<sup>17</sup>. Entsprechend sind auch die daraus abgeleiteten Controlling-Indikatoren regional unvollständig.
2. Ist der unterstellte Zusammenhang bei der Problemdruckgewichtung richtig: Ist nachweisbar, dass z.B. Kosten pro Integration mit steigendem Problemdruck größer werden? Dazu sind exemplarisch vorliegende Controlling-Indikatoren auszuwerten.
3. Falls die Kosten pro Integration nicht wesentlich vom regionalen Problemdruck abhängen, regional aber stark abweichende Kostensätze festgestellt werden: Ist das wirklich Ausdruck von Effizienz? Oder gibt es erklärende Einflussfaktoren, die in der Aggregation nicht zum Ausdruck kommen? Gibt es Unterschiede in den geförderten Zielgruppen, die zu unterschiedlichem Instrumenten-Mix und damit zu unterschiedlichen Kostenstrukturen führen? Sofern diese Dimensionen nicht berücksichtigt werden, besteht die Gefahr von Fehlanreizen in der Art, dass bestimmte Zielgruppen nicht in Integrationsbemühungen einbezogen werden oder sinnvolle Maßnahmen aus Kostengründen unterbleiben.

### 3.1 Messung von Erfolg und Effizienz

Seit Anfang 2006 stellt die Bundesagentur für Arbeit Controlling-Indikatoren zur Erprobung zur Verfügung, die in einem mit dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales vereinbarten Projekt definiert und auf Basis von Bewerber- und Leistungsdaten aus dem Rechtskreis SGB II programmiert wurden. Qualität und regionale Verfügbarkeit sind noch eingeschränkt. Ihre Eignung für Steuerungszwecke wird erprobt<sup>18</sup>. Insbesondere gelingt es noch nicht vollständig, die Indikatoren für alle Träger zu

---

<sup>17</sup> Daten aus optierenden Kommunen sind über eine standardisierte Schnittstelle (X-Sozial) an die BA zu übermitteln und müssen in die Daten aus BA-Systemen integriert werden. Bei den Lieferungen existieren weiterhin Vollständigkeits- und Qualitätsprobleme.

<sup>18</sup> Bundesagentur für Arbeit: SGB II – Controlling-Bericht. März 2006. Kennzahlenübersicht Bund.



erstellen. Ziel ist jedoch, Standards für die Messung von Eingliederungsfortschritten, Erfolg und Effizienz zu setzen (vgl. Abb. 2).

**Abbildung 2: Controlling-Indikatoren**

Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II					
Ziele	Verringerung der Hilfebedürftigkeit	Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit	Verbesserung der Eingliederung unter 25-jähriger	Sicherung des Lebensunterhalts	Steigerung von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit
INDIKATOREN	<b>Zielindikator</b> • Summe Passive Leistungen	<b>Zielindikator</b> • Integrationen	<b>Zielindikator</b> • Integrationen U25	<b>Zielindikator</b> • Durchschnittliche Dauer von der Antragsstellung bis zur Entscheidung in Tagen	<b>Zielindikator</b> • Kosten je Integration
	<b>Richtgrößen</b> • Abgänge aus Hilfebedürftigkeit • Durchschnittlich anrechenbares Einkommen • Durchschnittlich anrechenbares Erwerbseinkommen	<b>Richtgrößen</b> • Quote öffentlich geförderte Beschäftigung • Durchschnittliche Dauer Kundenkontakt am Bestand • Anteil geförderte Integrationen • Anteil ungeförderte Integrationen  Ab 2007 Integrationsfortschritt	<b>Richtgrößen</b> • Durchschnittliche Dauer Kundenkontakt am Bestand U25 • Anteil geförderte Integrationen U25 • Anteil ungeförderte Integrationen U25 • Quote öffentlich geförderte Beschäftigung U25 • Anteil Integrationen in Ausbildung U25 • Anteil Integrationen in Erwerbstätigkeit U25	<b>Richtgrößen</b> • Anteil fehlerhafter Bescheide an allen Bescheiden • Anteil stattgebener Widersprüche an allen Bescheiden	<b>Richtgrößen</b> • Kosten je Abgang aus Hilfebedürftigkeit • Aktive Leistungen und Verwaltungskosten • Verwaltungskosten  Ab 2007 Nachhaltigkeit Nachhaltigkeit U25

Quelle: Bundesagentur für Arbeit: SGB II – Controlling-Bericht. März 2006. Kennzahlenübersicht Bund

Die Vielzahl der Indikatoren deutet bereits daraufhin, dass Erfolg und Effizienz an unterschiedlichen Zielen ausgerichtet und mit mehreren Indikatoren gemessen werden können. Welche Aspekte der Ziele im Vordergrund stehen und was auf dem Weg der Zielerreichung als Erfolgs- und Effizienzkriterium anzusehen ist, bedarf einer politischen Festlegung, wenn damit Anreize ausgelöst und Budgets verteilt werden sollen.

Die bisher verfügbaren bzw. definierten Indikatoren eignen sich jedoch nicht zur Mittelverteilung: Erstens ist bisher nicht erkennbar, wie weit Unterschiede der Indikatoren zwischen Trägern oder im Zeitablauf durch Struktureffekte oder exogene Arbeitsmarkteffekte beeinflusst werden. Zweitens weisen die Indikatoren keinen oder nur einen sehr vermittelten Zusammenhang zum Gesamtaufwand aus<sup>19</sup>.

<sup>19</sup> In die Kosten je Integration gehen nur die für die integrierten Hilfebedürftigen aufgewendeten Kosten ein, nicht aber die Kosten für bisher vergebliche Integrationsversuche. Die Kosten werden tw. seit Einführung des SGB II, tw. bereits aus früherem "Kundenkontakt" im SGB III kumuliert.

Beispielsweise versuchen die Indikatoren des fünften Blocks Erfolg und Kosten in Relation zu setzen. Sie sind daher am ehesten auf Effizienzmessung ausgerichtet. Es werden die Indikatoren

- Kosten je Integration und
- Kosten je Abgang aus Hilfebedürftigkeit angeboten.

Sie existieren in Varianten, bei denen

- a) Kosten für Eingliederungsmaßnahmen seit Beginn der Arbeitslosigkeit („Kundenkontakt“)
- b) Kosten für Eingliederungsmaßnahmen seit 1.1.2005 bis zum Abgang kumuliert werden<sup>20</sup>.

Beide Indikatoren messen nicht die erfolgreiche Verwendung des Eingliederungsbudgets eines Haushalts-/Kalenderjahres und sind daher nicht für das Verteilungsverfahren geeignet. Die für diese Indikatoren verwendeten Grunddaten sind daher geeignet zu modifizieren, wie es in Abschnitt 4.2.2 vorgeführt wird.

## 3.2 Problemdruck und Erfolg / Effizienz

### 3.2.1 Erfolg und Problemdruck

Der vermutete Zusammenhang zwischen Erfolg und Problemdruck wird beispielhaft an den Analysen der SGB III – Eingliederungsbilanzen 2002 gezeigt. Die Analysen haben in der Vergangenheit gezeigt, dass die Eingliederungsquoten der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in erster Linie von der Unterbeschäftigungsquote, also einem Problemdruckindikator, abhängen (vgl. Abb. 3). *„Regressionsanalysen bestätigen, dass die regionalen Eingliederungsergebnisse beider Instrumente (FbW und ABM) primär*

---

<sup>20</sup> Die Kennziffer misst die Kosten, die je Abgang von Kunden aus Hilfebedürftigkeit entstehen, d.h. Maßnahmekosten, die während der Hilfebedürftigkeit bis zum Abgang aufgelaufen sind. (...) Diese Monatswerte sind aufgelaufene (kumulierte) Kosten, d.h. die Kosten der aktiven Leistungen, die durchschnittlich pro im jeweiligen Monat aus Hilfebedürftigkeit abgegangenen Kunden aufgewendet wurden seit ihrem individuellen Eintritt in den Kundenkontakt. Davon unterscheidet sich die Größe, die in der letzten Zeile in der Tabelle ausgewiesen wird: In diese Zahl gehen lediglich die Kosten ein, die seit dem 01.01.2005 angefallen sind. Mit dieser zusätzlichen Information wird berücksichtigt, dass aktive Leistungen, die dem Kunden vor der Etablierung der ARGE/GT gewährt wurden nicht durch die ARGE/GT steuerbar sind. Aus: Bundesagentur für Arbeit: SGB II – Controlling-Bericht. März 2006, S. 57.

*von der regionalen Arbeitsmarktlage und außerdem von der regionalen Teilnehmerstruktur abhängen: je höher die Unterbeschäftigungsquote und der Anteil der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen, desto niedriger die regionale Eingliederungsquote. Verbleibende Unterschiede in den regionalen Eingliederungsergebnisse deuten auf weitere Einflussfaktoren hin, denen in künftigen Untersuchungen nachzugehen sein wird.“<sup>21</sup>*

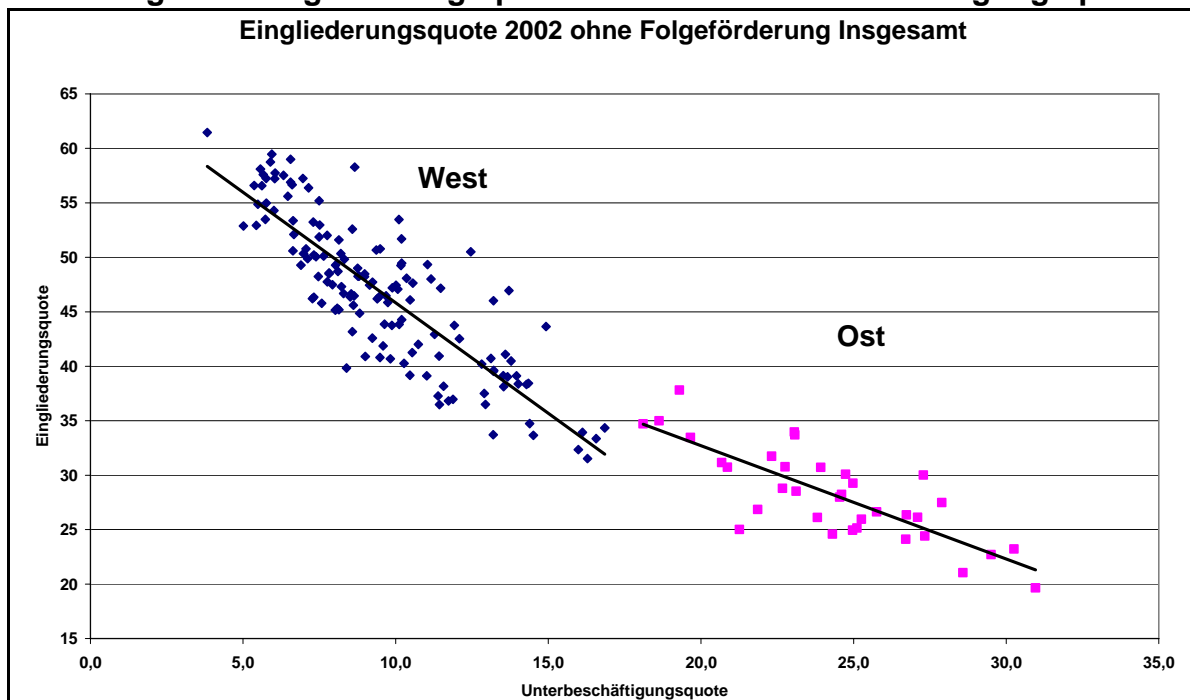
*„In West- wie in Ostdeutschland erklärt die regionale Unterbeschäftigungsquote fast 60 % der Varianz, die bei der FbW-Eingliederungsquote feststellbar ist. Nimmt man den Teilnehmeranteil der besonders förderungsbedürftigen Personengruppen zusätzlich in die Analyse hinein, dann steigt das Bestimmtheitsmaß in Westdeutschland auf fast 6 %, in Ostdeutschland auf gut 73 %.“ (ebenda, S. 5).*

Ähnliche Ergebnisse, jedoch mit niedrigerer Erklärungskraft ergaben sich für ABM. Besonders beachtet werden sollte, dass der Zielgruppenanteil auch die Erfolgsquote beeinflusst, jedoch nachrangig gegenüber der Unterbeschäftigung ist. D.h. dass der gemessene Erfolg sehr stark exogen vom Arbeitsmarkt abhängt und die intern von den Agenturen gestaltbaren Spielräume eng sind.

Bei der Interpretation von Abbildung 3 ist auch zu berücksichtigen, dass die regionale Mittelverteilung für aktive Arbeitsmarktpolitik im SGB III bereits unter Berücksichtigung „regionalen Problemdrucks“, nämlich in Abhängigkeit von Arbeitslosenquote und Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit stattfand und die neuen Bundesländer überproportional ausgestattet wurden (vgl. Blien (1998) und Blien (2002)).

---

<sup>21</sup> F. Hirschenauer (2003): Eingliederungsquoten sprechen eine deutliche Sprache. IAB-Kurzbericht Nr. 17/2003. Der Eingliederungserfolg wurde in der Analyse gemessen als Anteil der Maßnahmeteilnehmer, die 6 Monate nach Abschluss in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung standen.

**Abbildung 3: Eingliederungsquoten 2002 und Unterbeschäftigungsquote**

Quelle: Eigene Berechnungen zur Eingliederungsbilanz SGB III 2002. vgl. auch F. Hirschenauer (2003): IAB-Kurzbericht Nr. 17/2003.

### 3.2.2 Effizienz-Indikator und Grundsicherungsquote

Zur Demonstration eines vermuteten Zusammenhangs zwischen Effizienz und regionalem Problemdruck wird mit vorläufigen Daten aus dem BA-Controlling-Projekt ein Indikator konstruiert.

„Integrationen“ als Erfolgsmaßstab sind eine wesentliche Zieldimension des SGB II. Die absolute Anzahl von Integrationen ist jedoch zwischen den Kreisen nicht vergleichbar, da sie u.a. von der Größe des Kreises und der Arbeitsmarktentwicklung abhängen. Als „Effizienz-Indikator“ wird das Verhältnis von benötigtem Aufwand zum erzieltm Ergebnis, also Kosten je Integration definiert<sup>22 23</sup>.

<sup>22</sup> Anders als bei dem Controlling-Indikator werden die gesamten verausgabten Eingliederungsmittel eines Kalenderjahres durch die Integrationen dividiert. Im Controlling-Indikator werden die den integrierten Personen zugeordneten Kosten seit Beginn der Arbeitslosigkeit herangezogen. In der hier gewählten Definition gehen auch die Ausgaben, die (zunächst) nicht zu einem Abgang oder einer Integration geführt haben, in den Indikator ein, das verausgabte Budget wird in Bezug auf effiziente Verwendung berücksichtigt.

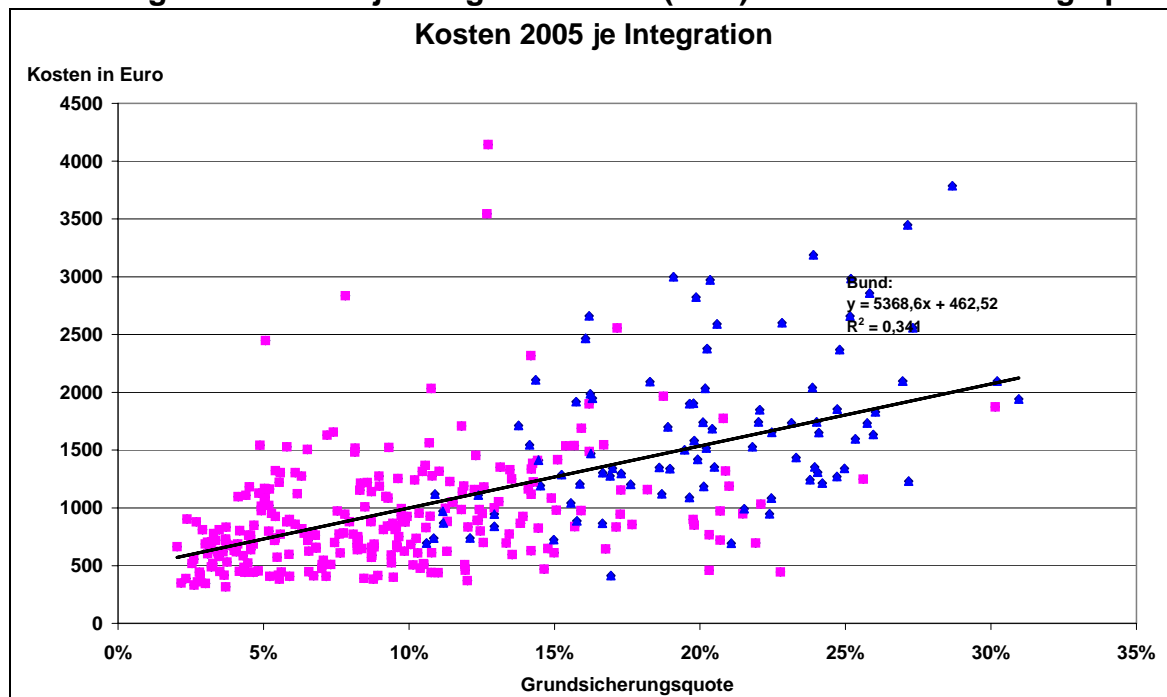
<sup>23</sup> Die Controlling-Daten sind bisher noch lückenhaft (fehlende Kreise, fehlende Monatswerte, nur teilweise Erfassung der Ausgaben aus dem Eingliederungsbudget, Unklarheit über die regionale Handhabung der Deckungsfähigkeit von Verwaltungs- und Eingliederungskosten-Budget). Es gelten die Qualitäts- und Vollständigkeitsvorbehalte des Controlling-Berichts. Der Indikator dient daher nur zu Demonstrationszwecken.

Effizienz-Indikator:

$e$  = verausgabte Eingliederungsmittel im Kalenderjahr pro Integration im Kalenderjahr (je Kreis)

Abbildung 4 zeigt den Zusammenhang zwischen Grundsicherungsquote als Problemdruck-Indikator und dem beispielhaft herangezogenen Effizienz-Indikator „Kosten pro Integration“ von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen mit den verfügbaren, vorläufigen Daten. Aufgrund der fortbestehenden Messprobleme fehlen Indikatorwerte für einen Teil der Kreise, weitere Werte könnten sich als fehlerbedingte Ausreißer herausstellen.

**Abbildung 4: Kosten je Integration 2005 (Test) und Grundsicherungsquote**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Controlling-Indikatoren 2005

Die Regressionsgerade zeigt, dass der Effizienz-Indikator, wie die Eingliederungsquote in Abbildung 3, von der Höhe der Grundsicherungsquote abhängen könnte. Der angedeutete Zusammenhang zwischen Problemdruck- und Effizienzindikator fällt im Westen (rosa Punkte) anscheinend schwächer aus als im Osten (blaue Punkte). Die Punktwolken für den Westen und den Osten sind nahezu getrennt. In einer vertiefenden Analyse müsste auch auf mögliche Heteroskedastizität<sup>24</sup> geprüft werden, die ggf. durch weitere Regressoren kontrolliert werden kann<sup>25</sup>.

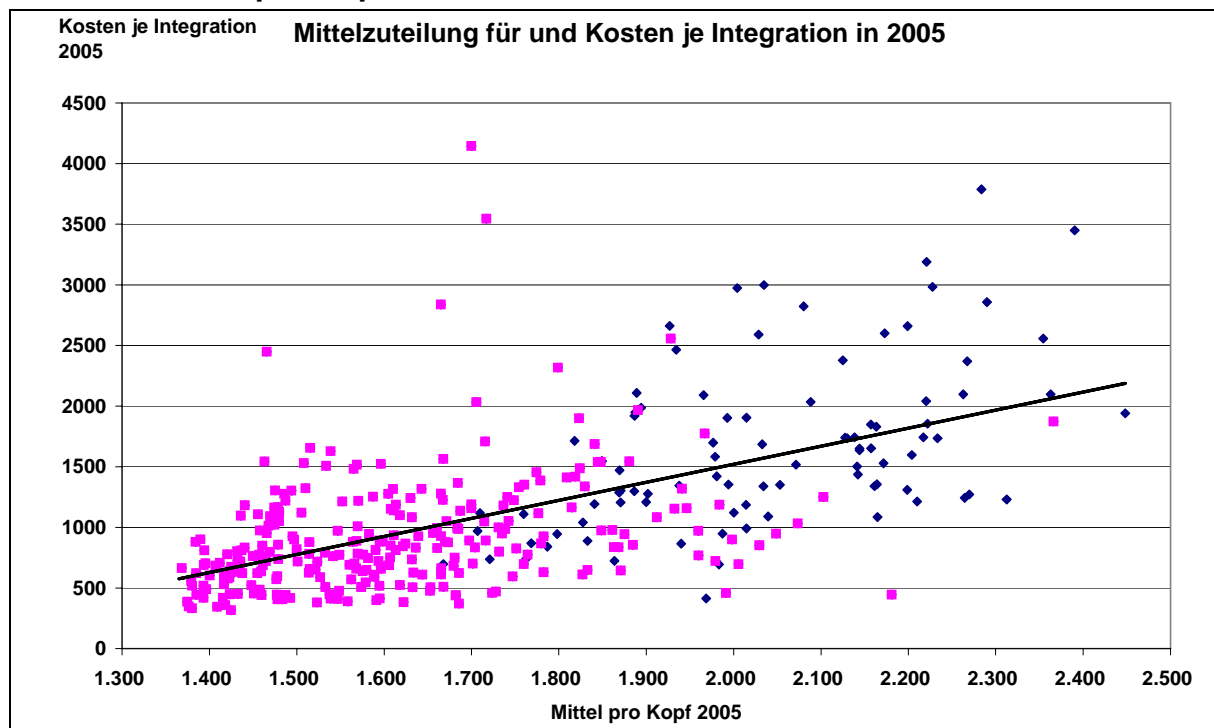
<sup>24</sup> Mit der Grundsicherungsquote zunehmende Streuung der Residuen.

<sup>25</sup> Z.B. Zielgruppenanteile oder Maßnahmentearten.

Es ist zu vermuten, dass der Indikator damit nicht nur von interner „Effizienz“, sondern vielmehr stark von externen Faktoren des Arbeitsmarkts geprägt ist, die zwar den Handlungsrahmen für den Einsatz der Mittel abgeben, aber eher marginal von den Trägern beeinflussbar sind. Eine Belohnung für effiziente Bewirtschaftung des Eingliederungstitels sollte aber nur für interne Effizienz erfolgen und nicht zu einer „Bestrafung“ aufgrund kaum beeinflussbarer externer Faktoren führen.

Da die zur Verfügung stehenden Eingliederungsmittel pro Kopf nach dem bisherigen Verteilungsverfahren eine lineare Funktion des Problemdrucks sind, ergibt sich das gleiche Bild, wenn die Grundsicherungsquote in Abbildung 4 durch die pro Kopf zur Verfügung stehenden Mittel ersetzt werden (Abbildung 5). Hier wurde beispielhaft die Mittelverteilung für 2005 im Verhältnis zu den Kosten pro Integration 2005 eingesetzt (Markierung der Kreise: West rosa, Ost blaue Punkte).

**Abbildung 5: Kosten je Integration 2005 (Test) und Eingliederungsmittel pro Kopf**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der vorläufigen Controlling-Indikatoren 2005

In Abbildung 5 schlägt sich der kompensatorische Ansatz in der bedarfsorientierten Mittelverteilung nieder, nach dem bei höherem Problemdruck mehr Mittel zur Erreichung von Integrationen zur Verfügung gestellt und eingesetzt werden müssen, um vergleichbare Ergebnisse zu erreichen.

Auch dieses Ergebnis als Demonstration zu verstehen, so lange die Kosten pro Integration nicht abschließend validiert sind und Abweichungen zwischen zugeteilten und verausgabten Mitteln nicht berücksichtigt werden.

Bei Verwendung dieses Indikators ist also, auch bei verbesserter Messqualität durch weitere Validierung der Daten, ein Widerspruch zwischen bedarfsorientierter Problemdruckgewichtung und einer Effizienzgewichtung in der Mittelverteilung zu erwarten.

Allerdings zeigen die Abbildungen 4 und 5 auch, dass bei gleichem Problemdruck bzw. bei gleicher Finanzausstattung pro Kopf eine erhebliche Spannweite in den Kosten pro Integration besteht. Ob sich darin Effizienzunterschiede oder weitere Heterogenitäten regionaler Einsatzbedingungen zeigen, bleibt zu prüfen<sup>26</sup>.

#### **4 Mittelindikator mit Problemdruck und relativer Effizienzgewichtung**

Die beispielhaft aufgezeigte Korrelation von Problemdruck- und Effizienzindikator ist auch für andere Erfolgs- und Effizienzmessungen zu erwarten. Eine gleichberechtigte Aufnahme in das Verteilungsverfahren muss daher zu Widersprüchen führen, bei dem sich die Kriterien gegenseitig neutralisieren können. Bei einer Verteilung nach Effizienzkriterien wären die Mittel vollständig oder bis zu einer „Sättigungsgrenze“ dorthin zu geben, wo der „beste“ Effekt der eingesetzten Mittel realisiert wird.

Die Mittel wären prioritär bei den Trägern einzusetzen, bei denen der Problemdruck niedrig und die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes hoch ist. Dies würde die bisherige Umverteilung zur Kompensation von Arbeitsmarktnachteilen umdrehen zu einer Investition bei Arbeitsmarktvorteilen. Ökonomisch könnte das effizient sein, unter regional- und sozialpolitischen Gesichtspunkten und vor der Aufgabe der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen erscheint eine solche Konzeption zweifelhaft. Für die Akzeptanz bei Ländern und Kreisen werden erhebliche Probleme erwartet. Die Hilfebedürftigen sind nicht in beliebigem Umfang und ohne Kosten regional mobil.

---

<sup>26</sup> Abbildung 5 deutet auch auf Heteroskedastizität der Residuen hin.

Daraus folgt, dass die Berücksichtigung von Erfolgs- und Effizienzkriterien nur unter Kontrolle regionaler Heterogenitäten in den Verteilungsmechanismus eingebaut werden sollte.

Eine Möglichkeit, die (erwartete) Abhängigkeit der Erfolgs- und Effizienzindikatoren von der Grundsicherungsquote zu beseitigen, besteht in einer Messung unter Kontrolle der Grundsicherungsquote durch eine Regression. Bei gleichem Problemdruck und damit gleichen Mitteln pro Kopf könnte die Abweichung von den durch den aus einer Regression ermittelten Erfolgs- oder Effizienzabweichungen als Maßstab in Betracht gezogen werden. In das Verteilungsverfahren könnten die Residuen der Regression einbezogen werden.

Das hier vorgeschlagene Verfahren entspricht dem bei den Eingliederungsbilanzen nach SGB III für 2002 verwendeten Bewertungsverfahren. Gedanklich macht das Verfahren Anleihen beim Golfspiel: Beim Golfspiel können gute und schlechte Spieler gegeneinander antreten. Ein schlechter Spieler kann einen guten Spieler besiegen, weil das individuelle Handicap, die erwartete Schlagzahl, als Maßstab für den Vergleich berücksichtigt wird.

Übertragen auf Erfolgs- und Effizienzindikatoren bedeutet das, jeden Träger an erwartetem Erfolg oder erwarteter Effizienz bei gegebenem Problemdruck zu messen. Maßstab für die Verteilung wären relativer Erfolg oder relative Effizienz. In die Bewertung für die Mittelverteilung geht nur noch die Abweichung von dem Erwartungswert des Indikators bei gegebenem Problemdruck ein, die sich aus der Regressionsgraden (Trendlinie) zwischen Grundsicherungsquote und Indikator ergibt. Die für die Mittelverteilung relevanten Größen wären die Residuen (Abweichungen) aus beobachtetem und erwartetem Indikator. Dieses Verfahren setzt voraus, dass in den Abweichungen tatsächlich durch die Gestaltung der lokalen Integrationsstrategie beeinflussbare Erfolgs- und Kostenwirkungen abgebildet werden.

#### **4.1 Integration im Verteilungsverfahren**

Für die Berücksichtigung von relativem Erfolg oder relativer Effizienz im Verteilungsverfahren, ergeben sich mehrere Möglichkeiten:

1. Integrierte Mittelverteilung: Die bisherige Formel für die pro Träger zur Verfügung zu stellenden Eingliederungsmittel pro Kopf wird erweitert



um einen Ausdruck für relativen Erfolg oder relative Effizienz. Auch für diesen Ausdruck wäre analog zum Problemdruckgewicht ein politisch zu setzender Faktor vorzusehen, um den Grad der Auswirkung auf die Mittelverteilung festzulegen. Der Faktor sollte so groß sein, dass Effizienz erkennbar belohnt wird, aber so klein, dass die Problemdruck-Gewichtung im bedarfsorientierten Verteilungsverfahren nicht ausgehebelt wird.

2. Verteilung aus getrennten Budgets: Das Eingliederungsbudget wird vorab aufgeteilt in einen größeren Anteil, auf den das bisherige bedarfsorientierte Problemdruck-Verfahren angewendet wird und einen kleineren Anteil, auf den ein relativer Erfolgs- oder Effizienz-Indikator angewendet wird. Der Indikator könnte so normiert werden, dass Kreise mit schlechtestem relativem Indikator keine Mittel, alle anderen kleine oder größere Zusatzmittel pro Kopf erhielten. Eine zweite Möglichkeit besteht in einer Normierung, bei der die Verteilung nur an Träger mit deutlich positiven Ergebnissen geht. Auf die formale Umsetzung wird nicht eingegangen.

#### 4.2 Lineare Problemdruck- und Effizienzgewichtung

Eine integrierte Verteilung nach Problemdruck und relativem Erfolg / relativer Effizienz kann durch Erweiterung der Gewichte  $g_k$  im Verteilungsindikator um eine zweite Komponente erfolgen:

Statt  $g_k = (1 - f_1 * (\gamma - \gamma_k))$  wird eingesetzt:

$$g_k = (1 - f_1 * (\gamma - \gamma_k) + f_2 * (E_k - e_k))$$

wobei  $e_k$  der gemessene Erfolgs- oder Effizienzindikator im Kreis k ist,

$E_k$  der aus einer Regression ermittelte erwartete Indikator bei Problemdruck  $\gamma_k$ .

$E_k = a * \gamma_k + b$  mit a und b als Koeffizienten der Regressionsgleichung.

$f_1 \geq 0$  und  $f_2 \geq 0$  sind politisch zu wählende Faktoren für die Gewichtung.  $f_2$  hängt auch von der Dimension ab, in der der Effizienzindikator gemessen wird.

Für die Mittel pro Kopf in Kreis  $k_i$  ergibt sich:

$$m_{k_i} = \frac{g_{k_i}}{N} * M$$

$$m_{k_i} = \frac{\left(1 - f_1 * (\gamma - \gamma_{k_i}) + f_2 * (E_{k_i} - e_{k_i})\right)}{N} * M$$

$N$  ist wieder der Normierungsfaktor, damit die Summe der Gewichte 1 ergibt.

$$N = \sum_k (Z_k * g_k) = \sum_k \left( Z_k * \left(1 - f_1 * (\gamma - \gamma_k) + f_2 * (E_k - e_k)\right) \right)$$

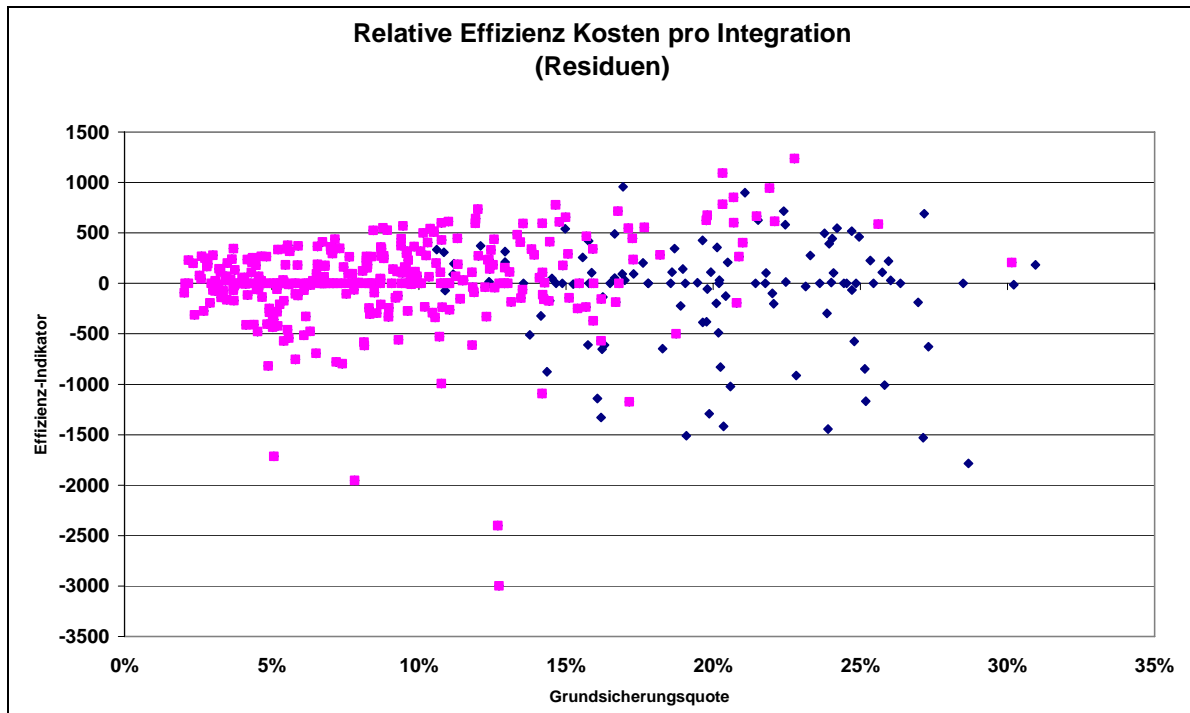
Die Formel für  $m_k$  lässt sich als lineare Gleichung in den Variablen  $\gamma_k$  und  $e_k$  auflösen:

$$m_k = \frac{M}{N} * (1 - f_1 * \gamma + f_2 * b) + \frac{M}{N} * (a * f_2 + f_1) * \gamma_k - \frac{M}{N} * f_2 * e_k$$

Da in dem vorgeschlagenen Ansatz  $f_1 \geq 0$ ,  $f_2 \geq 0$ ,  $\gamma_k \geq 0$  (Grundsicherungsquote) und  $e_k \geq 0$  (Kosten), wächst  $m_k$  mit steigender Grundsicherungsquote bzw. nimmt mit steigenden Kosten ab.

### 4.3 Beispiel Integrierte Mittelverteilung

Am Beispiel der Daten für die Grundsicherungsquote 2005 und dem unvollständig aus den Controlling-Daten abgeleiteten Daten zur Berechnung des Indikators „Kosten pro Integration 2005“ werden Verteilungswirkungen der integrierten Mittelverteilung demonstriert. Die Parameter zur Ermittlung der relativen Effizienz als Indikator beruhen auf der in Abbildung 4 gezeigten Regression.

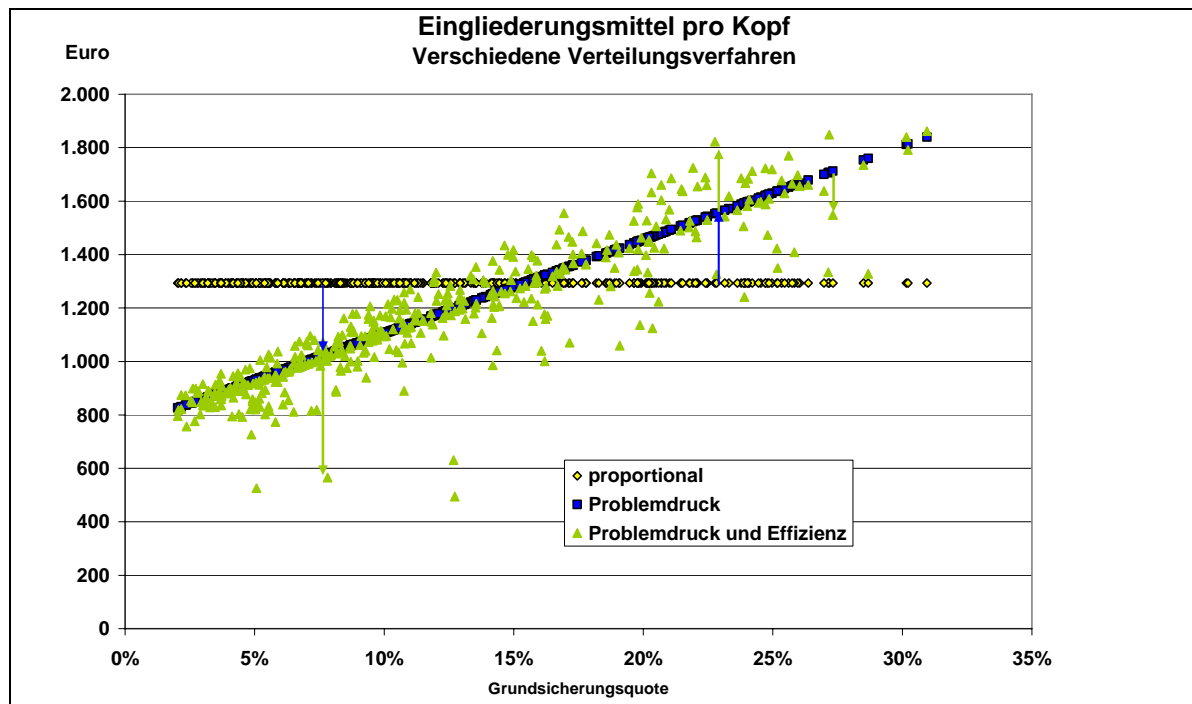
**Abbildung 6: Relative Effizienz (Kosten pro Integration 2005)**

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Controlling-Indikatoren 2005

Die in Abbildung 6 um die Abhängigkeit von der Grundsicherungsquote bereinigten Indikatorwerte werden in der integrierten Verteilung verwendet. Punkte über der Nulllinie zeigen „effiziente Träger“. Bestehende Datenlücken zeigen sich an den gehäuften Werten auf der Nulllinie.

In Abbildung 7 sind die Verteilungsergebnisse bei Proportionalverteilung (gelb, waagerechte Linie), nach der für 2006 verwendeten Problemdruckgewichtung (blau, ansteigende Gerade) und mit dem hier diskutierten integrierten Problemdruck- und Effizienz-Indikator (grün Punktvolke) dargestellt. Die blauen Pfeile markieren den Umfang der gegenüber der Proportionalverteilung mehr bzw. weniger zugeteilten Mittel pro Kopf. Die grünen Pfeile kennzeichnen die durch den relativen Effizienzindikator vorgenommenen Korrekturen gegenüber der Problemdruckgewichtung.

**Abbildung 7: Eingliederungsmittel pro Kopf in verschiedenen Verteilungsverfahren**



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der Controlling-Indikatoren 2005

## 5 Folgerungen zur Fortentwicklung des Verteilungsverfahrens

Als Ergebnis der vorausgegangenen Überlegungen lässt sich festhalten:

1. Die formale Weiterentwicklung des Verteilungsindikators zur Berücksichtigung von Erfolg oder Effizienz ist problemlos möglich, wie an Formel und Beispiel in Abschnitt 5 demonstriert wurde.
2. Ein fachlich-politisches Problem besteht in der Abstimmung der Balance zwischen bedarfs- und erfolgsorientierter Mittelverteilung, das methodisch lösbar erscheint, wenn die Steuerung so erfolgt, dass die Bedarfskomponente durch Wahl der Steuerungsparameter größeres Gewicht erhält als die Erfolgskomponente.
3. Das Kernproblem besteht in der politischen Entscheidung über zielkonforme Erfolgs- oder Effizienzmessung und deren Abbildung in Indikatoren, die bei der Mittelverteilung verwendet werden sollen.
4. Zielkonflikte sind denkbar zwischen zentral gewählten Erfolgs- und Effizienzindikatoren und relativer Autonomie der Träger in der Definition von Teilzielen und Umsetzungsstrategien. Dabei ist auch die Kompatibilität zum Zielvereinbarungsprozess abzustimmen.

5. Gegenwärtig gibt es noch Probleme in der flächendeckenden Verfügbarkeit und damit in der Qualität von für die Indikatorbildung geeigneten Daten.
6. Um Anreize bei der Zielerreichung für die Träger zu setzen, sollten die Bewertungs- und damit die Verteilungskriterien vorab bekannt und akzeptiert sein. Auf die Problematik zielkonformer Anreize wird in Abschnitt 6.1 vertieft eingegangen.
7. Vor einer Einführung eines Erfolgs- oder Effizienz-gesteuerten Verteilungsverfahrens sollten die Punkte 3, 4 und 5 geklärt werden. Strukturelle Beziehungen zwischen vorgesehenen Indikatoren und exogenen Faktoren ihrer Variation wie Grundsicherungsquote, regionale Zusammensetzung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und mehr oder weniger starker Ausrichtung der regionalen Eingliederungsstrategien an arbeitsmarktnahen oder arbeitsmarktfernen Personen sollten zumindest geprüft werden.
8. Eine Weiterentwicklung des bisherigen bedarfsorientierten Verteilungsverfahrens in Bezug auf zeitliche Nähe von ermitteltem Bedarf und Mittelverteilung und in Bezug auf die Spreizung der pro Kopf zur Verfügung gestellten Mittel sollte erwogen werden. Bestehende Probleme werden in Abschnitt 6.2 diskutiert.

### **5.1 Anreizwirkungen bei den Trägern**

Eine Erfolgs- oder Effizienz orientierte Verteilung von Eingliederungsbudgets ist ein Mittel, um durch Belohnung guter Eingliederungspolitik in der Vergangenheit Anreize für die Zukunft zu setzen und den Wettbewerb zwischen den Trägern zu fördern.

Eine verteilungsrelevante Bewertung muss an allgemein verbindlichen Zielen ausgerichtet sein. Das SGB II gibt als Oberziele „Verringerung der Hilfebedürftigkeit“ und „Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt“ vor. Bereits diese beiden Ziele können zumindest zeitlich in Konflikt treten: z. B. Unterstützung von Qualifikation, insbesondere beruflicher Erstausbildung, als Voraussetzung für mittelfristig stabile Integration in den Arbeitsmarkt und Überwindung der Hilfebedürftigkeit gegenüber kurzfristiger, aber möglicherweise instabiler Beschäftigungsaufnahme. Bereits die Operationalisierung der Ziele im Rahmen des Controlling-Projekts zeigte die Schwierigkeiten bei der Abgrenzung von Teilzielen und ihre Umsetzung in

Indikatoren auf. Gänzlich unklar erscheint bisher zu sein, ob die Indikatoren Konflikte zwischen den Teilzielen abbilden oder ob sie hoch korrelieren, d.h. ob gute Werte in einer Dimension mit guten oder schlechten Werten in einer anderen Dimension verbunden sind.

Die Träger haben in der bisherigen Ausgestaltung ihrer Eingliederungsstrategie einen großen Freiraum in der Priorisierung ihrer Ausrichtung. Mit einem zentralen Effizienzkriterium besteht die Gefahr, die Trägerspielräume einzuengen, sie möglicherweise auf reine Kostenentscheidung auszurichten und mittelfristig wirkende Qualitätsentscheidungen in der Bewertung auszublenden. Die Möglichkeiten zur Erprobung unterschiedlicher Ansätze könnten über finanzielle Anreize und Sanktionen zu früh eingeeengt werden. Als Beispiel für die Problematik sei auf die anhaltende Diskussion um den Aussteuerungsbetrag mit Wirkung im SGB III-Bereich hingewiesen, bei dem noch unklar ist, ob Betreuungskunden und Nichtleistungsempfänger nicht in ungewollter Weise von Integrationsleistungen ausgeschlossen werden.

Unklarheit besteht m. E. auch in Bezug auf die Deckungsfähigkeit von Verwaltungskosten- und Eingliederungsmittelbudget. Während ein Träger Fallmanagement mit eigenem Personal durchführt, vergibt ein anderer vergleichbare Leistungen an Dritte. Möglicherweise ist die Verwendung von Eingliederungsmitteln für bessere Personalausstattung in der Betreuung und Beratung von Hilfebedürftigen effizienter als z. B. die Verwendung für Trainingsmaßnahmen. Beide Überlegungen werfen noch einmal die Frage nach geeigneter Erfolgs- und Kostenabgrenzung auf.

Für die Steuerung der Aktivitäten im SGB II wurde ein Zielvereinbarungsprozess begonnen. Soweit planbar, müssen die vereinbarten Ziele durch eine entsprechende Mittelausstattung unterstützt werden. Ohne eine Abstimmung der Mittelverteilung mit dem Zielvereinbarungsprozess besteht die Gefahr von neuen Konflikten.

Anreize aus einem Verteilungsverfahren dürften nur entstehen, wenn die Kriterien vorab bekannt sind und Handlungsstrategien am Erhalt der Erfolgs- oder Effizienz- orientierten Finanzmittel ausgerichtet werden können. Dies setzt m. E. einen mindestens einjährigen Vorlauf voraus, in dem für die die nächste Verteilungsrunde die modifizierten Kriterien angekün-

digd werden. Zumindest erscheint ein vorsichtiges Aufsetzen eines neuen Verteilungsverfahrens erforderlich, bei dem der Prämientopf zunächst klein ist und damit wenig Anreiz entfaltet.

Ein Problem beim bisherigen Datenstand bleibt, wie die Träger behandelt werden sollen, für die keine oder keine plausiblen Indikatoren vorliegen. Ein Prämiensystem sollte auch Anreize zur Lieferung vergleichbarer Daten setzen. Sollten Träger, die bisher nicht in ausreichendem Umfang Daten liefern, ihre Effizienz nach den Verteilungskriterien negativ beurteilen, könnte ein Anreiz bestehen, Datenlieferungen hinauszuzögern.

In der Vergangenheit hat es „Interpretationsprobleme“ bei der Erfassung und Berechnung wichtiger „Erfolgsindikatoren“ wie den erfassten Vermittlungen gegeben. Möglicherweise gibt es bei der Berechnung von Komponenten von Effizienzindikatoren ebenfalls Interpretationsspielräume, zumal durch die relative Autonomie der Träger (unterschiedliche Erfassungssysteme für Leistung und Bewerberangebote) eine einheitliche Erfassung noch schwieriger geworden sein dürfte. Vor Implementierung eines entsprechenden Indikators im Verteilungsverfahren sollten solche Interpretationsspielräume bestmöglich geschlossen werden. Die BA-Projekte zur Datenqualität sind ein erster Ansatz.

Noch nicht vollständig überblickt werden kann, wie weit ein Effizienzindikator zu kurzfristigen Kostenoptimierungen führt, die mittelfristig kontraproduktiv sein können. Einerseits wird der Druck auf externe Maßnahmeträger erhöht, Maßnahmen „billig“ anzubieten. Andererseits entsteht möglicherweise ein Druck bei den ARGEn und zugelassenen kommunalen Trägern auch in ihrem Instrumenten-Mix „billigere“ Komponenten zu bevorzugen, auch wenn mittelfristig teure Maßnahmen zu qualitativ oder quantitativ besseren Ergebnissen führen sollten. Hier wäre deutlich zu machen, dass Investitionen in die Beschäftigungsfähigkeit (Ausgaben im laufenden Jahr) sich durch günstigere Indikatoren im Folgejahr lohnen können.

Auf die Probleme der Steuerung, nicht nur wegen der geteilten Zuständigkeit in ARGEn und bei getrennter Trägerschaft, sondern auch in Bezug auf Zielplanung und Controlling, hat der Ombudsrat in seinem Schlussbericht Stellung genommen: „Nur 102 ARGEn haben sich (...) an der Zielplanung und dem Controllingprozess beteiligt. Belastbare und aussagefähige Cont-

rollingberichte (...) liegen – mit Ausnahme der Ziele zur Verbesserung der Integration von Erwerbstätigkeit gebildet wurden – noch nicht vor.“<sup>27</sup>

## 5.2 Modifikationen am bisherigen Verteilungsverfahren

Das Verteilungsverfahren für 2006 beruht auf der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, den Grundsicherungsquoten und einer linearen Spreizung der Mittel pro Kopf. Er wurde auf Daten vom Oktober 2005 für das Haushaltsjahr 2006 berechnet.

Um der Ausrichtung am Finanzbedarf besser Rechnung zu tragen, könnten folgende Veränderungen überlegt werden:

1. Durch die relativ frühzeitige Bereitstellung der Mittel kann es zu Benachteiligungen bei Trägern mit ungünstiger Entwicklung und zu Vorteilen bei denen mit günstiger Entwicklung kommen. Durch eine halbjährliche oder vierteljährliche Verteilung könnte die Mittelverteilung zeitlich näher am Bedarf ausgerichtet werden. Hier sind Bedarfsgerechtigkeit und Planungshorizonte für den Mitteleinsatz abzustimmen (z. B. Vorlauf für die Ausschreibung von zu vergebenden Maßnahmen, Notwendigkeit der Bindung von Mitteln).
2. Nach gegenwärtigen Beobachtungen gibt es regionale Unterschiede im Anteil der arbeitslosen oder an Maßnahmen teilnehmenden Hilfebedürftigen und solchen, die einen Anspruch zur Aufstockung von Erwerbseinkommen haben, sowie solchen die nicht für Integrationsleistungen in Frage kommen (Kinder noch in schulischer Ausbildung, wg. Betreuungspflichten von der Suche freigestellte Personen). Ggf. könnte eine Ausrichtung des Verteilungsverfahrens auf eine enger abgegrenzte Gruppe von Hilfebedürftigen oder eine Gewichtung der einzelnen Gruppen überlegt werden. Es könnte eine Verteilung erreicht werden, die stärker an dem Personenkreis ausgerichtet ist, der tatsächlich in Eingliederungsbemühungen einbezogen ist. Überlegungen sollten auf vergleichenden Regionalanalysen zur Zusammensetzung der Hilfebedürftigen beruhen. Möglicherweise stößt eine Modifikation jedoch an Grenzen, die sich aus der gesetzlichen Vorgabe in § 46 (2) SGB II (Vertei-

---

<sup>27</sup> Ombudsrat Grundsicherung für Arbeitsuchende. Schlussbericht. Berlin, 23.06.2006; S. 21.



lung nach der Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen) oder aus Gleichstellungsanforderungen ergeben.

3. Aus der bisherigen linearen Spreizung der Mittel pro Kopf ergeben sich, je nach Wahl des Spreizungsfaktors, starke Unterschiede in den Pro-Kopf-Beträgen. Durch die Wahl einer anderen Spreizungsfunktion können die Unterschiede begrenzt werden. Eine Begrenzung der Spreizung könnte bei einem sehr starken Zusammenhang zwischen Grundsicherungsquote bzw. zur Verfügung stehender Pro-Kopf-Mittel und Erfolgs-/Effizienz-Indikator angezeigt sein.

## Literatur

Blien, Uwe (1998): Die regionale Mittelverteilung für die aktive Arbeitsmarktpolitik. Politikberatung des IAB für Zwecke der Maßnahmesteuerung, in: MittAB 31/4: 674-689.

BA, Bundesagentur für Arbeit: Anzahl der Bedarfsgemeinschaften und Leistungsempfänger nach SGB II nach Kreisen (Eckwerte). BA-Statistik <http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/I.html> > Detaillierte Informationen > Entgeltersatzleistungen u. sonst. finanzielle Leistungen, monatlich.

Blien, Uwe (2002): Ein Arbeitsmarktgesamtindikator zur Mittelverteilung für die aktive Arbeitsmarktpolitik, in: Kleinhenz, Gerhard (ed.): IAB Kompendium Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 250. Nürnberg. S. 335-344.

Blien, Uwe; Hirschenauer, Franziska (2005): Formula allocation. The regional allocation of budgetary funds for measures of active labour market policy in Germany. IAB-Discussion Paper No.11/2005.

Hirschenauer, Franziska (2003): Regionale Arbeitsförderung: Eingliederungsquoten sprechen eine deutliche Sprache. IAB-Kurzbericht Nr. 17/2003 Nürnberg.

Rudolph, Helmut (2004a): Konzeptionelle Überlegungen zur regionalisierung der Mittel für Eingliederungsleistungen nach SGB II. Internes Arbeitspapier.

Rudolph, Helmut (2004b): Aktualisierte Schätzungen zum Start von ALG II. Bei der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe muss mit höheren Belastungen gerechnet werden. IAB-Kurzbericht Nr. 11 / 23.9.2004

Rudolph, Helmut (2006): Erfolgs- und Effizienzkriterien als Leistungsanreiz bei der Verteilung von Eingliederungsmitteln auf die SGB II - Leistungsträger. Gutachten für das BMAS. Nürnberg 3.7.2006.

## Recently published

No.	Author(s)	Title	Date
<a href="#">1/2004</a>	Bauer, T. K. Bender, S. Bonin, H.	Dismissal protection and worker flows in small establishments	7/04
<a href="#">2/2004</a>	Achatz, J. Gartner, H. Glück, T.	Bonus oder Bias? : Mechanismen geschlechtsspezifischer Entlohnung <a href="#">published in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 57 (2005), S. 466-493 (revised)</a>	7/04
<a href="#">3/2004</a>	Andrews, M. Schank, T. Upward, R.	Practical estimation methods for linked employer-employee data	8/04
<a href="#">4/2004</a>	Brixy, U. Kohaut, S. Schnabel, C.	Do newly founded firms pay lower wages? First evidence from Germany	9/04
<a href="#">5/2004</a>	Kölling, A. Rässler, S.	Editing and multiply imputing German establishment panel data to estimate stochastic production frontier models <a href="#">published in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung 37 (2004), S. 306-318</a>	10/04
<a href="#">6/2004</a>	Stephan, G. Gerlach, K.	Collective contracts, wages and wage dispersion in a multi-level model	10/04
<a href="#">7/2004</a>	Gartner, H. Stephan, G.	How collective contracts and works councils reduce the gender wage gap	12/04
<a href="#">1/2005</a>	Blien, U. Suedekum, J.	Local economic structure and industry development in Germany, 1993-2001	1/05
<a href="#">2/2005</a>	Brixy, U. Kohaut, S. Schnabel, C.	How fast do newly founded firms mature? : empirical analyses on job quality in start-ups <a href="#">published in: Michael Fritsch, Jürgen Schmude (Ed.): Entrepreneurship in the region, New York et al., 2006, S. 95-112</a>	1/05
<a href="#">3/2005</a>	Lechner, M. Miquel, R. Wunsch, C.	Long-run effects of public sector sponsored training in West Germany	1/05
<a href="#">4/2005</a>	Hinz, T. Gartner, H.	Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Branchen, Berufen und Betrieben <a href="#">published in: Zeitschrift für Soziologie 34 (2005), S. 22-39, as: Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Branchen, Berufen und Betrieben</a>	2/05
<a href="#">5/2005</a>	Gartner, H. Rässler, S.	Analyzing the changing gender wage gap based on multiply imputed right censored wages	2/05
<a href="#">6/2005</a>	Alda, H. Bender, S. Gartner, H.	The linked employer-employee dataset of the IAB (LIAB) <a href="#">published in: Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 125 (2005), S. 327-336. (shortened) as: The linked employer-employee dataset created from the IAB establishment panel and the process-produced data of the IAB (LIAB)</a>	3/05
<a href="#">7/2005</a>	Haas, A. Rothe, T.	Labour market dynamics from a regional perspective : the multi-account system	4/05
<a href="#">8/2005</a>	Caliendo, M. Hujer, R. Thomsen, S. L.	Identifying effect heterogeneity to improve the efficiency of job creation schemes in Germany	4/05

<a href="#">9/2005</a>	Gerlach, K. Stephan, G.	Wage distributions by wage-setting regime	4/05
<a href="#">10/2005</a>	Gerlach, K. Stephan, G.	Individual tenure and collective contracts	4/05
<a href="#">11/2005</a>	Blien, U. Hirschenauer, F.	Formula allocation : the regional allocation of budgetary funds for measures of active labour market policy in Germany	4/05
<a href="#">12/2005</a>	Alda, H. Allaart, P. Bellmann, L.	Churning and institutions : Dutch and German establishments compared with micro-level data	5/05
<a href="#">13/2005</a>	Caliendo, M. Hujer, R. Thomsen, S. L.	Individual employment effects of job creation schemes in Germany with respect to sectoral heterogeneity	5/05
<a href="#">14/2005</a>	Lechner, M. Miquel, R. Wunsch, C.	The curse and blessing of training the unemployed in a changing economy : the case of East Germany after unification	6/05
<a href="#">15/2005</a>	Jensen, U. Rässler, S.	Where have all the data gone? : stochastic production frontiers with multiply imputed German establishment data <a href="#">published in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 39, H. 2, 2006, S. 277-295</a>	7/05
<a href="#">16/2005</a>	Schnabel, C. Zagelmeyer, S. Kohaut, S.	Collective bargaining structure and its determinants : an empirical analysis with British and German establishment data <a href="#">published in: European Journal of Industrial Relations, Vol. 12, No. 2, S. 165-188</a>	8/05
<a href="#">17/2005</a>	Koch, S. Stephan, G. Walwei, U.	Workfare: Möglichkeiten und Grenzen <a href="#">published in: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung 38 (2005), S. 419-440</a>	8/05
<a href="#">18/2005</a>	Alda, H. Bellmann, L. Gartner, H.	Wage structure and labour mobility in the West German private sector 1993-2000	8/05
<a href="#">19/2005</a>	Eichhorst, W. Konle-Seidl, R.	The interaction of labor market regulation and labor market policies in welfare state reform	9/05
<a href="#">20/2005</a>	Gerlach, K. Stephan, G.	Tarifverträge und betriebliche Entlohnungsstrukturen <a href="#">published in: Auf allen Märkten zu Hause, Marburg 2006</a>	11/05
<a href="#">21/2005</a>	Fitzenberger, B. Speckesser, S.	Employment effects of the provision of specific professional skills and techniques in Germany	11/05
<a href="#">22/2005</a>	Ludsteck, J. Jacobebbinghaus, P.	Strike activity and centralisation in wage setting	12/05
<a href="#">1/2006</a>	Gerlach, K. Levine, D. Stephan, G. Struck, O.	The acceptability of layoffs and pay cuts : comparing North America with Germany	1/06
<a href="#">2/2006</a>	Ludsteck, J.	Employment effects of centralization in wage setting in a median voter model	2/06
<a href="#">3/2006</a>	Gaggermeier, C.	Pension and children : Pareto improvement with heterogeneous preferences	2/06
<a href="#">4/2006</a>	Binder, J. Schwengler, B.	Korrekturverfahren zur Berechnung der Einkommen über der Beitragsbemessungsgrenze	3/06
<a href="#">5/2006</a>	Brixy, U. Grotz, R.	Regional patterns and determinants of new firm formation and survival in western Germany	4/06
<a href="#">6/2006</a>	Blien, U. Sanner, H.	Structural change and regional employment dynamics	4/06
<a href="#">7/2006</a>	Stephan, G. Rässler, S. Schewe, T.	Wirkungsanalyse in der Bundesagentur für Arbeit : Konzeption, Datenbasis und ausgewählte Befunde	4/06

<a href="#">8/2006</a>	Gash, V. Mertens, A. Romeu Gordo, L.	Are fixed-term jobs bad for your health? : a comparison of West-Germany and Spain	5/06
<a href="#">9/2006</a>	Romeu Gordo, L.	Compression of morbidity and the labor supply of older people	5/06
<a href="#">10/2006</a>	Jahn, E. J. Wagner, T.	Base period, qualifying period and the equilibrium rate of unemployment	6/06
<a href="#">11/2006</a>	Jensen, U. Gartner, H. Rässler, S.	Measuring overeducation with earnings frontiers and multiply imputed censored income data	6/06
<a href="#">12/2006</a>	Meyer, B. Lutz, C. Schnur, P. Zika, G.	National economic policy simulations with global interdependencies : a sensitivity analysis for Germany	7/06
<a href="#">13/2006</a>	Beblo, M. Bender, S. Wolf, E.	The wage effects of entering motherhood : a within-firm matching approach	8/06
<a href="#">14/2006</a>	Niebuhr, A.	Migration and innovation : does cultural diversity matter for regional R&D activity?	8/06
<a href="#">15/2006</a>	Kiesl, H. Rässler, S.	How valid can data fusion be?	8/06
<a href="#">16/2006</a>	Hujer, R. Zeiss, C.	The effects of job creation schemes on the unemployment duration in East Germany	8/06
<a href="#">17/2006</a>	Fitzenberger, B. Osikominu, A. Völter, R.	Get training or wait? : long-run employment effects of training programs for the unemployed in West Germany	9/06
<a href="#">18/2006</a>	Antoni, M. Jahn, E. J.	Do changes in regulation affect employment duration in temporary work agencies?	9/06
<a href="#">19/2006</a>	Fuchs, J. Söhnlein, D.	Effekte alternativer Annahmen auf die prognostizierte Erwerbsbevölkerung	10/06
<a href="#">20/2006</a>	Lechner, M. Wunsch, C.	Active labour market policy in East Germany : waiting for the economy to take off	11/06
<a href="#">21/2006</a>	Kruppe, T.	Die Förderung beruflicher Weiterbildung : eine mikroökonomische Evaluation der Ergänzung durch das ESF-BA-Programm	11/06
<a href="#">22/2006</a>	Feil, M. Klinger, S. Zika, G.	Sozialabgaben und Beschäftigung : Simulationen mit drei makroökonomischen Modellen	11/06
<a href="#">23/2006</a>	Blien, U. Phan, t. H. V.	A pilot study on the Vietnamese labour market and its social and economic context	11/06
<a href="#">24/2006</a>	Lutz, R.	Was spricht eigentlich gegen eine private Arbeitslosenversicherung?	11/06
<a href="#">25/2006</a>	Jirjahn, U. Pfeiffer, C. Tsertsvadze, G.	Mikroökonomische Beschäftigungseffekte des Hamburger Modells zur Beschäftigungsförderung	11/06

Letzte Aktualisierung: 5.12.2006, 54 Einträge

## Impressum

**IAB Discussion Paper**  
**No. 26 / 2006**

### Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung  
der Bundesagentur für Arbeit  
Weddigenstr. 20-22  
D-90478 Nürnberg

### Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

### Technische Herstellung

Jutta Sebald

### Rechte

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit  
Genehmigung des IAB gestattet

### Bezugsmöglichkeit

Volltext-Download dieses Discussion Paper  
unter:

<http://doku.iab.de/discussionpapers/2006/dp2606.pdf>

### IAB im Internet

<http://www.iab.de>

### Rückfragen zum Inhalt an

Helmut Rudolph, Tel. 0911/179-3089,  
oder E-Mail: [helmut.rudolph@iab.de](mailto:helmut.rudolph@iab.de)